

16. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der CDU

Bebauung des Marx-Engels-Forums – städtebauliche Aufwertung der historischen Mitte

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert zu prüfen, inwieweit die Fläche des sog. „Marx-Engels-Forums“ sowie der angrenzende Bereich um die Marienkirche städtebaulich neu strukturiert und damit aufgewertet werden können.

1. Hierzu ist zunächst prüfen, welche Grundstücke zu welchen Bedingungen für eine Bebauung zur Verfügung stehen könnten.
2. Für die Gestaltung sind wesentliche städtebaulichen Vorgaben festzulegen, insbesondere dass:
 - die Gestaltung dazu dienen soll die historische Mitte Berlins zurück zu gewinnen und eine städtebauliche Brücke zwischen dem Hackeschen Markt und dem Nikolaiviertel sowie dem Humboldt-Forum und dem Alexanderplatz herzustellen,
 - sich die zukünftige Bebauung unter Beachtung moderner Mobilitätsanforderungen soweit wie möglich an den historischen Grundrissen orientiert,
 - die Fassadengestaltung der Bebauung sich an den Vorgaben der zukünftigen Gestaltungsverordnung „Historisches Zentrum“ orientieren sollte;

ggf. ist der Geltungsbereich dieser Verordnung entsprechend anzupassen.

3. Im Ergebnis ist ein offener und internationaler Ideenwettbewerb zur Neugestaltung und Bebauung dieser Flächen zu initiieren.
4. Die Ergebnisse sind anschließend in einer breit angelegten Forumsdiskussion sowohl in der Fach- als auch in der allgemeinen Öffentlichkeit zu erörtern.

Dem Abgeordnetenhaus ist zum 31. Juli 2009 im Rahmen eines ersten Zwischenberichts zu berichten, danach halbjährlich.

Begründung:

Die aktuelle Diskussion um die Neugestaltung der historischen Mitte Berlins im sog. Marx-Engels-Forum offenbart eine städtebauliche Konzeptionslosigkeit für einen der wichtigsten Bereiche Berlins. Die täglich neu vorgebrachten Ideen und Vorstellungen tragen mehr zur Verwirrung und Verunsicherung als zu einer konstruktiven städtebaulichen Debatte – verbunden mit den realistischen Möglichkeiten diesen Bereich städtebaulich aufzuwerten – bei.

Um diesen destruktiven Entwicklungen zu begegnen und mehr Sachlichkeit in diese wichtige städtebauliche Debatte zu bringen, ist als Grundvoraussetzung eine Bestandsaufnahme der rechtlichen Rahmenbedingungen vorzunehmen. Hierzu muss der Senat eindeutig feststellen, inwieweit welche Grundstücke zu welchen Bedingungen für eine Bebauung zur Verfügung stehen und ggf. welche Restitutionsansprüche ehemaliger Eigentümer aufleben könnten.

Daraus abgeleitet müssen ferner grundlegende Vorgaben erarbeitet werden. Eine wesentliche Voraussetzung für eine Aufwertung dieses Areals ist, dass jedwede Gestaltung auf die vorhandene Struktur Rücksicht nimmt und eine städtebauliche Brücke zwischen dem Hackeschen Markt und dem Nikolaiviertel sowie dem Humboldt-Forum und dem Alexanderplatz bildet.

Vor dem Hintergrund des jetzt feststehenden Zeithorizonts des Weiterbaus der U-Bahnlinie 5 und der damit verbundenen zweckfremden Inanspruchnahme der Flächen bis voraussichtlich in das Jahr 2017 ist es umso wichtiger mit der gebotenen Zeit und Sorgfalt eine konstruktive Debatte über die Neugestaltung dieses Teils der historischen Mitte zu führen.

Hinsichtlich der Vorgaben für die Gestaltung der Bebauung kann als erste positive Grundlage der Entwurf der Gestaltungsverordnung „Historisches Zentrum“ angesehen werden. Daran könnten sich die Vorgaben für einen breit anzulegenden offenen und internationalen Ideenwettbewerb orientieren.

In Anbetracht des großen Zeitfensters bis zum Beginn einer möglichen Neuentwicklung in diesem Bereich, sollten die eingegangenen Vorschläge nicht nur durch Vertreter der Fachkreise, sondern auch in der allgemeinen Öffentlichkeit im Rahmen von Foren diskutiert werden.

Berlin, den 06. Mai 2009

Henkel Bung Stadtkewitz
und die übrigen Mitglieder der Fraktion der CDU